- ihm für sein Verhalten eine Rüge auszusprechen, Verpflichtungen des Arbeitskollektivs zur Erziehung des Werkstätigen zu bestätigen.
35. Der Antragsteller bzw. Antragsgegner kann gegen den Beschluß innerhalb von 14 Tagen nach Zustellung Einspruch bei der BGL bzw. AGL einlegen. Diese kann den Beschluß aufheben und die Konfliktkommission beauftragen, die Sache erneut zu beraten. Die erneute Entscheidung der Konfliktkommission ist endgültig.
36. Ebenso ist zu verfahren, wenn der Betriebsleiter bei Vorliegen eines Verstoßes gegen die Arbeitspflichten auf die Durchführung eines Disziplinarverfahrens entsprechend § 109 des Gesetzbuches der Arbeit verzichtet und die Angelegenheit der Konfliktkommission zur Durchführung einer erzieherischen Beratung überträgt.
- B. Einsprüche der Werkstätigen gegen Disziplinarmaßnahmen des Betriebsleiters auf der Grundlage der betrieblichen Arbeitsordnung bzw. gegen die Entscheidung nach § 26 des Gesetzbuches der Arbeit *
37. Die Konfliktkommission hat auf der Grundlage der gesetzlichen Bestimmungen festzustellen, ob eine Verletzung der Arbeitsdisziplin vorliegt und ob unter Berücksichtigung aller Umstände der Handlung, ihrer Ursachen und der Person des Werkstätigen die Disziplinarmaßnahme angemessen ist. Bei Entscheidung gemäß § 26 des Gesetzbuches der Arbeit ist entsprechend zu verfahren.
38. Antragsberechtigt ist jeder Betriebsangehörige, dem vom Betriebsleiter eine Disziplinarmaßnahme ausgesprochen bzw. vorübergehend eine andere Tätigkeit in einem anderen Betrieb übertragen wurde und der Staatsanwalt.
39. Der Beschluß der Konfliktkommission enthält ihre Stellungnahme zur Maßnahme des Betriebsleiters und gegebenenfalls den Antrag auf Aufhebung der Disziplinarmaßnahme bzw. der Entscheidung gemäß § 26 des Gesetzbuches der Arbeit. Die Konfliktkommission kann nicht selbständig die Entscheidung des Betriebsleiters aufheben.
40. Der Betriebsleiter ist verpflichtet, innerhalb von 14 Tagen zu diesem Antrag schriftlich Stellung zu nehmen. Lehnt er die Aufhebung der Disziplinarmaßnahme bzw. der Entscheidung gemäß § 26 des Gesetzbuches der Arbeit ab, so kann der Werkstätige innerhalb von 14 Tagen nach Kenntnisnahme der Ablehnung des Antrages Einspruch beim Kreisgericht einlegen. Die gleiche Einspruchsmöglichkeit besteht für den Werkstätigen, wenn die Konfliktkommission die vom Betriebsleiter ausgesprochene Disziplinarmaßnahme bzw. Übertragung einer anderen Arbeit gemäß § 26 des Gesetzbuches der Arbeit für gerechtfertigt hält.
41. Der Staatsanwalt ist berechtigt, bei gesetzwidrig gefaßten Beschlüssen Einspruch beim Kreisgericht einzulegen. Die Einspruchsfrist beträgt 3 Monate ab Beschlußfassung.
- C. Arbeitsrechtssachen
42. Die Konfliktkommission hat festzustellen, welche Rechte und Pflichten die Beteiligten in der vorliegenden Arbeitsrechtssache haben, ob arbeitsrechtliche Bestimmungen verletzt wurden und welche Umstände den Konflikt hervorgerufen oder begünstigt haben. Sie haben den Arbeitsstreit schnell und wirksam in Übereinstimmung mit der sozialistischen Gesetzlichkeit zu entscheiden und geben Empfehlungen zur Beseitigung der Ursachen und begünstigenden Bedingungen des Konfliktes.
43. Antragsberechtigt sind alle Betriebsangehörigen in eigener Angelegenheit, der Betriebsleiter oder ein von ihm Beauftragter, der Leiter des übergeordneten Organs in bezug auf Anträge gegenüber dem Leiter des Betriebes, der Staatsanwalt, ehemalige Betriebsangehörige, soweit es sich um Ansprüche aus einem früheren Arbeitsrechtsverhältnis mit dem Betrieb handelt. Die Beratung und Entscheidung durch die Konfliktkommission ist die Voraussetzung für die Inanspruchnahme des Kreisgerichtes.
44. Gegen einen Beschluß der Konfliktkommission in Arbeitsstreitigkeiten steht dem Beteiligten innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Zustellung der Einspruch beim zuständigen Kreisgericht zu.
45. Erscheint der Antragsteller unbegründet nicht zur Beratung, so gilt der Antrag als zurückgenommen. Erscheint der Antragsgegner zweimal unbegründet nicht zur Beratung, so hat der Antragsteller das Recht, sich mit seinen Ansprüchen unmittelbar an das zuständige Kreisgericht zu wenden.
46. Der Staatsanwalt ist berechtigt, bei gesetzwidrig gefaßten Beschlüssen Einspruch beim Kreisgericht einzulegen. Die Einspruchsfrist beträgt 3 Monate ab Beschlußfassung.
- D. Streitfälle zwischen den Werkstätigen' und der Sozialversicherung über Leistungen, die im Betrieb gewährt werden
47. Die Konfliktkommission behandelt
- Streitfälle über Leistungen der Sozialversicherung, über deren Gewährung die BGL entschieden hat,
 - Streitfälle über die Entziehung von Krankengeld und Lohnausgleich gemäß § 105 des Gesetzbuches der Arbeit,
 - Streitfälle über die Anerkennung eines Unfalles als Arbeitsunfall, auch wenn keine Leistungen der Sozialversicherung strittig sind.
- Die Konfliktkommission hat auf der Grundlage der gesetzlichen Bestimmungen und der Beschlüsse und Richtlinien des FDGB-Bundesvorstandes festzustellen, welche Rechte und Pflichten der Werkstätige, die Sozialversicherung oder der Betrieb haben, ob die sozialistische Gesetzlichkeit verletzt wurde und welche Umstände diese Verletzung verursachten oder begünstigten.